

An alle Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik!

Wie durch Rundfunk und Fernsehen bekannt geworden, haben dem Sozialismus treu ergebene Persönlichkeiten der Partei und des Staates der ČSSR am 20. August offen den Kampf zum Schutz der sozialistischen Staatsordnung, gegen die konterrevolutionären Umtriebe aufgenommen. Dies wurde notwendig, nachdem durch einen verschärften Rechtskurs einer Gruppe in der Führung der KPČ und die erhöhte Aktivität der antisozialistischen Kräfte eine akute politische Krise in der ČSSR ausgelöst worden war.

Diese Persönlichkeiten der Partei und des Staates der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik haben sich am 21. August an die Regierungen der mit der ČSSR verbündeten sozialistischen Staaten der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit der Bitte gewandt, in Anbetracht der durch die Wühlarbeit der konterrevolutionären Element und der Einmischungsbestrebungen der imperialistischen Mächte entstandenen Gefahr, dem tschechoslowakischen Brudervolk und Bruderstaat unverzüglich jegliche Hilfe, einschließlich militärischer Hilfe, zu erweisen. Entsprechend den abgeschlossenen Verträgen über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit haben die Ministerräte der sozialistischen Bruderländer diesem Ersuchen entsprochen.

Die Bürger der DDR hatten aufgeatmet, als sich im Ergebnis der bedeutenden Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder in Bratislava die Aussicht eröffnete, daß die dem Sozialismus feindlichen Kräfte in der ČSSR zurückgedrängt werden und ihnen die gebührende Niederlage bereitet wird. Bei den Beratungen in Cienna nad Tisou und in Bratislava hatte die Delegation der KPČ mit den Vertretern der Bruderparteien feste Vereinbarungen getroffen, um gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus und im Sinne der gemeinsamen Erklärung wirkungsvoll den

35 Schutz der sozialistischen Errungenschaften des tschechischen und des
slowakischen Volkes zu gewährleisten. Die Delegation der KPČ hatte
sich verpflichtet, unverzüglich die politische Leitung von Presse,
Rundfunk und Fernsehen im Geiste des Sozialismus zu sichern, ohne Ver-
zögerung ein Gesetz zur Unterbindung der Tätigkeit der antisozialisti-
40 schen Parteien, Klubs und Organisationen zu erlassen sowie auch die
notwendigen Garantien für einen konsequenten, den Lebensinteressen der
Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik dienenden Kurs in der
Partei- und Staatsführung zu schaffen.

Die Teilnehmer der Beratung von Bratislava hatten gehofft, daß diese
Verpflichtungen ohne Verzögerung verwirklicht werden. Leider hat eine
45 Gruppe im Präsidium des ZK der KPČ mit A. Dubček an der Spitze die
Durchführung der eingegangenen Vereinbarungen nicht nur nicht in An-
griff genommen, sondern hat nach Bratislava ihren Rechtskurs ver-
stärkt. Dadurch wurden die antisozialistischen Elemente ermutigt. Die
genannte Gruppe verheimlichte die getroffenen Vereinbarungen vor den
50 Mitgliedern der KPČ und vor dem tschechoslowakischen Volk. Sie heu-
chelte öffentlich Zustimmung zu den Beschlüssen von Bratislava, ließ
aber gleichzeitig zu, daß die antisozialistischen Kräfte eine heimtü-
ckische Kampagne gegen die Ergebnisse der Beratung von Bratislava
führten. Die Delegation der SED hat bei den Besprechungen in Karlovy
55 Vary auf der konsequenten Verwirklichung der Erklärung von Bratislava
bestanden. Doch die Delegation der KPČ hat es hartnäckig abgelehnt,
die Vereinbarungen der Beratung von Bratislava zu verwirklichen, die
auf den Kampf gegen die antisozialistischen und konterrevolutionären
Kräfte sowie gegen alle Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie ge-
60 richtet sind.

Der Plan der antisozialistischen Gruppierungen und Klubs bestand da-
rin, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei zu zersetzen und
kampfunfähig zu machen, um auf diese Weise den Weg für das von ihnen
erstrebte Ziel freizubekommen: den Sturz des Sozialismus unter Errich-
65 tung eines auf die imperialistischen Westmächte orientierten staatska-
pitalistischen Regimes in der Tschechoslowakei. Dies alles sollte sich
unter der sozialdemokratischen Losung eines „demokratischen Sozialis-
mus“ vollziehen.

Das ist übrigens nichts Neues. Seit der Großen Sozialistischen Okto-
berrevolution haben die imperialistischen Kräfte in verschiedenen Län-
dern gerade den den Völkern teuer gewordenen Begriff Sozialismus wie-
derholt mißbraucht, um die Revolution, den Sozialismus und die Demo-
kratie zu erwürgen.

Für jeden Bürger der DDR wird beim Blick auf die Landkarte verständ-
lich, daß für unsere Republik und für die anderen sozialistischen Bru-
derstaaten eine unerträgliche Lage geschaffen worden wäre, wenn die
insbesondere vom westdeutschen Imperialismus inspirierten antisozia-
listischen Kräfte vom Süden, also von unserer Flanke her, ihre konter-
revolutionäre Tätigkeit hätten betreiben können.

Im Interesse der Sicherheit, im Interesse der Völker und des Weltfrie-
dens konnten und durften die sozialistischen Bruderländer nicht zulas-
sen, daß die ČSSR aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten
herausgebrochen wird. Indem die Regierungen unserer Länder dem drin-
genden Hilfeersuchen der tschechoslowakischen Patrioten und Internati-
onalisten unverzüglich Folge leisten, geben die ein leuchtendes Bei-
spiel des sozialistischen Internationalismus, verwirklichen sie mit
all ihnen zu Gebote stehenden Kräften die feierliche Verpflichtung der
Erklärung von Bratislava, wonach die Unterstützung, die Festigung und
der Schutz der sozialistischen Errungenschaften der Völker die gemein-
same internationale Pflicht aller sozialistischen Staaten ist.

Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik lieben die flei-
ßigen und tüchtigen Völker der Tschechen und Slowaken. Wir kennen und
schätzen die großen revolutionären Traditionen und Taten, die bedeu-
tenden wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen des tschechoslo-
wakischen Brudervolkes. Wir fühlen uns mit den uns befreundeten und
verbündeten tschechischen und slowakischen Völkern fest verbunden. Die
Völker der ČSSR haben es nicht verdient, daß sie von prinzipienlosen
Politikern in eine solche Gefahr gebracht worden sind.

Die dem Sozialismus treuen Kräfte, die das schändliche Komplott der
rechten und der antisozialistischen Elemente durchschauten, haben die
Mahnung Julius Fučíks beachtet: Menschen, seid wachsam!

Ihnen sowie der Arbeiterklasse, den Genossenschaftsbauern, der fort-
schrittlichen Intelligenz, allen Werktätigen der benachbarten Tsche-

choslowakei reichen wir die Bruderhand! Wir schätzen die mutige und
105 verantwortungsbewußte Handlungsweise der dem Sozialismus treu ergeb-
nen leitenden Persönlichkeiten der Partei und des Staates der ČSSR
hoch ein, da ihre Tat den aggressiven Kreisen des Imperialismus, die
mit Hilfe der sogenannten neuen Ostpolitik die Konterrevolution in die
110 sozialistischen Länder Europas exportieren möchten, einen Strich durch
die Rechnung macht. Gerade angesichts der Ereignisse in der ČSSR emp-
finden die Bürger unseres sozialistischen Staates deutscher Nation um
so stärker die geschichtliche Bedeutung der Tatsache, daß wir zielbe-
wußt auf unserem guten Weg voranschreiten. Ausgerüstet mit den wegwei-
senden Beschlüssen des VII. Parteitags und mit unserer sozialistischen
115 Verfassung, gestalten wir das entwickelte gesellschaftliche System des
Sozialismus. Mit der allseitigen Stärkung unseres sozialistischen Ar-
beiter-und-Bauern-Staates, in fester Freundschaft mit der Sowjetunion
und den anderen sozialistischen Bruderstaaten schaffen wir auf deut-
schem Boden das Beispiel einer von der kapitalistischen Ausbeutung
120 befreiten Gesellschaft, einer Gesellschaft des sozialistischen Huma-
nismus, einer wahren sozialistischen Menschengemeinschaft.

Laßt uns weiterhin für unsere große und gerechte Sache, für den Sieg
des Sozialismus, für den Frieden und die Sicherheit Europas alle unse-
re Kräfte einsetzen!

125 Es leben die unverbrüchliche Solidarität und das Bündnis zwischen der
DDR und der ČSSR!

Es lebe die Einheit und das Bündnis der sozialistischen Staaten - Un-
terpfand des Friedens und der Sicherheit in der Welt!

Berlin, den 21. August 1968

130 Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik